

/// Wie geht es weiter mit dem neuen Präsidenten Raisi?

KONTUREN DER INNEN- UND AUßENPOLITIK IRANS

WILFRIED BUCHTA /// Am 18. Juni 2021 hielt die radikal anti-westlich orientierte Islamische Republik Iran zum dreizehnten Mal seit 1980 Präsidentschaftswahlen ab. Zu Recht gilt die Wahl Raisis als ein entscheidender Wendepunkt, der die innen- und außenpolitische Entwicklung Irans für die nächsten Jahre prägen wird.

Am 18. Juni 2021 wählte die Islamische Republik Iran zum dreizehnten Mal einen Präsidenten. Doch anders als bei allen Wahlen davor war deren Ausgang schon von Anfang an klar, und Ebrahim Raisi, einem konservativen Hardliner und Kleriker, der Sieg nicht zu nehmen. Der Grund dafür war, dass Irans mächtigster Politiker, Revolutionsführer Ali Khamenei, der ebenfalls dem Lager der Konservativen angehört, Raisi deutlich favorisiert hatte. Das benachteiligte automatisch alle ernsthaften Rivalen

aus dem Kandidatenfeld der Reformer und moderaten Konservativen, zumal bereits im Vorfeld der Wächterrat alle anderen chancenreichen Konkurrenten Raisis disqualifiziert hatte. Der Wächterrat ist ein von den Getreuen Khameneis besetztes Gremium, das als parlamentarisches Oberhaus fungiert und alle Kandidaten für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf ihre ideologische Linientreue und Qualifikation hin prüft.

Nicht zuletzt dieser unglaublichen Wahlfarce wegen, bei der dem Volk



Quelle: picture alliance / NurPhoto | Morteza Nikoubazl

Der neugewählte Präsident Ebrahim Raisi gibt am 21. Juni 2021 seine erste Pressekonferenz.

kaum mehr eine Auswahl blieb, entschieden die meisten der 59 Millionen wahlberechtigten Iraner, die Wahl zu boykottieren. Kaum verwunderlich also, dass die offizielle Wahlbeteiligung mit 42 Prozent so niedrig war wie nie seit 1980.

Zu Recht gilt die Wahl Raisis als ein entscheidender Wendepunkt, der die in-

nen- und außenpolitische Entwicklung Irans für die nächsten Jahre prägen wird. Um zu verstehen, warum das so ist, lohnt sich ein Blick auf die wesentlichen politischen Charakterzüge und Strukturen des iranischen Regimes. Als die Anhänger des Revolutionsführers Ayatollah Ruhollah Khomeini im Februar 1979 siegten, gaben sie dem Revolutionsregime wenige Monate später eine neue Verfassung, in deren Rahmen ineinander verschränkte republikanische und theokratische Institutionen des Staates ein kompliziertes Hybridsystem bilden.

Im Zentrum dieses Systems ruht das theokratisch legitimierte Revolutionsführeramt, neben dem noch weitere wichtige Machtzentren stehen wie etwa die beiden, alle vier Jahre jeweils durch

Die Wahlbeteiligung im Juni 2021 war auf einem historischen **TIEFSTAND.**

Volkswahl bestimmten Institutionen des Präsidenten und des Parlaments. Hinzu kommen noch vier Räte, von denen der Wächterrat, der Nationale Sicherheitsrat sowie der Expertenrat, der für die Wahl eines neuen Revolutionsführers zuständig ist, die wichtigsten sind. Komplettiert wird der Reigen der Hauptinstitutionen noch durch die 1979 auf Geheiß Khomeinis gegründeten Revolutionsgarden. Sie fungierten als loyale und schlagkräftige Parallelstreitmacht, die die Revolution und das Regime vor inneren und äußeren Feinden schützen soll.

Die ungleiche Machtbalance zwischen Präsident und Revolutionsführer

Gemeinhin wird der Präsident, der die staatliche Exekutive leitet, nach innen wie nach außen als Stimme und Gesicht des Regimes wahrgenommen, zumal er das politische Alltagsgeschäft leitet und nicht der Revolutionsführer. Der Präsident wird alle vier Jahre gewählt und hat eine auf acht Jahre begrenzte Amtszeit. Als Regierungschef ernannt und entlässt er die Minister, die vom Parlament bestätigt werden müssen, über den Innenminister die Gouverneure der 31 iranischen Provinzen sowie die Botschafter. Außerdem ernannt er den Leiter der Zentralbank und lässt den Staatshaushalt aufstellen.

Trotz all seiner Machtfülle untersteht der Präsident aber dem Revolutionsführer. Er führt dessen Direktiven aus und hat auch keine Kontrolle über die Streit- und Polizeikräfte. Gleichwohl ist die Rolle des Präsidenten als Nummer Zwei des Systems nicht zu unterschätzen. Sollten Konflikte der zwei Regimespitzen in eine offene Konfrontation münden, würde eine Blockade des Systems oder, schlimmer noch, dessen Abgleiten in Anarchie und Chaos drohen. Deshalb bemüht sich der Revolutionsführer stets darum, den Präsidenten in die Grundausrichtung der Innen- und Außenpolitik einzubinden, was zum Beispiel in den wöchentlichen Vier-Augen-Gesprächen geschieht.

Den Schwerpunkt der Macht legte die neue Verfassung jedoch auf das theokratische Amt des Revolutionsführers (rahbar), welches Khomeini auf den Leib geschneidert war. Es entstand abgeleitet aus dem von Khomeini selbst entwickelten Konzept der „Rechtsgelehrtenherrschaft“. Der Revolutionsführer gibt die Generallinien der Innen- und Außenpolitik vor und kontrolliert Polizei und Justiz, die Revolutionsgarden, die reguläre Armee und die staatliche Fernseh- und Rundfunkbehörde.¹ Sind damit der Allmacht des Revolutionsführers gar keine Grenzen gesetzt? Nicht ganz, denn es gibt noch ein multiples Gefüge aus drei verschiedenen permanent miteinander rivalisierenden ideologischen Machtelitefraktionen, nämlich die Konservativen und Hardliner, die innen- und außenpolitisch pragmatischen Moderaten und die nach innenpolitischer Liberalisierung und außenpolitischer Öffnung strebenden Reformen.

Eines darf auch nicht vergessen werden: Alle Elitefraktionsgruppen einschließlich der Reformen vertreten nicht

Der Präsident ist die Nummer Zwei im System und UNTERSTEHt dem Revolutionsführer.

nur eigene materielle Interessen, sondern auch die ihrer Klientel, deren Bedürfnisse sie durch die Einnahmen aus von ihnen geführten Staatsfirmen und Stiftungen befriedigen. Dass dabei alle

Der allmächtige Revolutionsführer benötigt die Unterstützung der ELITEFRAKTIONSGRUPPEN.

diese Elitefraktionsgruppen, die etwa sieben bis acht großen politisch-ökonomischen Machtkartellen angehören, in Vetternwirtschaft und Korruption verwickelt sind, ist eine unbezweifelbare Tatsache. Um wichtige Entscheidungen durchzusetzen, muss auch Khamenei oft das Prinzip des quid pro quo befolgen und bestimmten Schlüsselakteuren des Regimes bisweilen für ihr Entgegenkommen und ihre Loyalität Gegenleistungen anbieten. Khamenei verwendet viel Zeit und Mühe darauf, dieses hochkomplexe System zu stabilisieren und auszutarieren.

Die Revolutionsgarden als Schwert und Schild des Regimes

Nach Khameneis Revolutionsführeramt stellen die 120.000 Mann starken Revolutionsgarden das zweitstärkste Machtzentrum Irans dar. Zu ihren Aufgaben gehören der Schutz des Regimes im Inneren, was zum Beispiel bei Unruhen und Sozialrevolten im Verbund mit der von ihr kontrollierten Basij-Miliz erfolgt, sowie der „Revolutionsexport“. Laut Verfassung sollen sie weltweit alle

„unterdrückten Muslime“ schützen und verteidigen, ein weit gestecktes Ziel, das Teheran durchaus ernst nimmt. 1990 wurde die Spezialeinheit der Al-Quds-Brigade etabliert, welche als eigener Arm für Untergrundaktivitäten im Ausland genutzt wird und sich zu einem mächtigen, militärisch-nachrichtendienstlichen Apparat entwickelt hat. Die programmatische Benennung – al-Quds ist der arabische Name für Jerusalem – deutet auf die Expansionsziele der iranischen Hardliner, die auf die Befreiung Palästinas und die Vernichtung des israelischen Staates gerichtet sind. Seit den 1990er-Jahren konnte die Quds-Brigade der Revolutionsgarden im Libanon, im Irak, in Syrien und zuletzt im Jemen zahlreiche lokale Verbündete gewinnen. Deshalb besitzt das iranische Regime mittlerweile beherrschenden Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger in diesen Ländern. Im Ringen um die machtpolitische Hegemonie im Nahen und Mittleren Osten ist das ein wichtiger Trumpf, den Teheran gegen seinen Haupttrivalen, Saudi-Arabien, immer wieder erfolgreich einsetzt.

Und damit nicht genug: Nach 1988, als der Iran-Irak-Krieg zu Ende ging, erschlossen sich die Revolutionsgarden Irans Wirtschaft als ein weiteres gigantisches neues Betätigungsfeld. Seither haben sie mit der Unterstützung Khameneis ein gigantisches Imperium aus Banken, Versicherungen, Minen, Baufirmen, Rüstungs- und Autokonzernen, Zeitungsverlagen, Nachrichtenagenturen, Universitäten, Think-Tanks und Telekommunikationsfirmen aufgebaut. Es soll mittlerweile über 1.200 Firmen umfassen, die wiederum insgesamt mindestens 40 Prozent der gesamten iranischen Wirtschaft ausmachen.²

Kooperation und Konkurrenz zwischen Präsident und Revolu- tionsführer

Durch den Dualismus zwischen Theokratie und Republikanismus, jeweils verkörpert durch Revolutionsführer und Präsident, sind Reibungsverluste und Konkurrenz zwischen den beiden unausweichlich. Herausgefordert durch Versuche, sich mehr Unabhängigkeit zu ertrotzen, brachte Khamenei jeden der

Der Präsident muss der Linie des Revolutionsführers **FOLGEN**.

Präsidenten während der entscheidenden Etappen ihrer Amtszeit durch Machtworte wieder „auf Linie“. Die bittere Erfahrung, sich widerwillig Khameneis Willen beugen zu müssen, machten bisher alle Präsidenten. Und so verbaute Khamenei sowohl dem moderaten Akbar Hashemi-Rafsandschani (1989–1997) als auch dem Reformen Mohammad Khatami (1997–2005) den Weg, als sie behutsam versuchten, das System nach außen zu öffnen und nach innen zu liberalisieren.

Auch der auf Khatami folgende ultrakonservative Hardliner Mahmud Ahmadinedschad (2005–2013) wurde zuletzt von Khamenei ausgebootet,³ eine Wende, die viele Beobachter überraschte. Schienen doch beide ähnliche Interessen zu haben und aus dem gleichen ideologischen Holz geschnitzt zu sein. In den ersten Jahren ging Ahmadinedschad im Einvernehmen mit Khamenei vollstän-

dig auf Konfrontationskurs mit den USA und Israel, indem er den Holocaust leugnete und das iranische Atomprogramm forcierte. Zugleich schränkte er die verbliebenen Reformmaßnahmen Khatamis bei der Meinungs- und Pressefreiheit wieder drastisch ein. Derartige Linientreue sollte sich 2009 für Ahmadinedschad auszahlen. Als es bei seiner Wiederwahl zu massiven Protesten kam, die sich an den Wahlmanipulationen zugunsten des Amtsinhabers entzündet hatten, schritt Khamenei ohne zu zaudern ein und befahl, die offenkundig gefälschten Wahlergebnisse anzuerkennen und die Proteste gewaltsam niederschlagen zu lassen.

Als Ahmadinedschad es jedoch 2011 wagte, sich gegenüber Khamenei mehr Eigenständigkeit zu erkämpfen, fiel er quasi über Nacht in Ungnade. Zwei Jahre später, als er aus dem Amt schied, war das Land außenpolitisch fast vollständig isoliert und aufgrund der Sanktionen des Westens wirtschaftlich fast bankrott. Um einen drohenden Krieg mit den USA und einen Wirtschaftskollaps abzuwenden, war Khamenei nun zu mehr Flexibilität und Pragmatismus gezwungen. Und so billigte er 2013 die Präsidentschaftskandidatur Hassan Rouhanis, eines moderaten Konservativen, der die Atomverhandlungen mit dem Westen befürwortete, wohl in der Hoffnung, dass dadurch die Wirtschaftssanktionen aufgehoben würden. Nachdem Rouhani mit den Stimmen der Moderaten und Reformen ins Amt gewählt worden war, gelang es ihm im Juli 2015 dank Khameneis Rückendeckung, das Wiener Atomabkommen JCPOA mit den UN-Vetomächten und Deutschland abzuschließen.

Doch obwohl das Atomabkommen zu einer Aufhebung der meisten Sanktio-

nen der USA und der EU führte, erfüllten sich Teherans Hoffnungen nur zum Teil. Weder kam es zu der durchgreifenden Verbesserung der Wirtschaftskrise, zumal die erhofften westlichen Investitionen zu gering waren und zu zögerlich ins Land flossen. Noch entspannte sich das Verhältnis zum Westen genug, als dass sich Iran erfolgreich ins Weltwirtschaftssystem und in die internationale Staatengemeinschaft hätte integrieren können. Hauptgrund war vor allem die Weigerung Khameneis und der Revolutionsgarden, Konzessionen bei Irans aggressiver Außenpolitik im Irak, Syrien, Libanon und Jemen und dem Ausbau seiner ballistischen Raketensysteme zu machen. Beide wurden von regionalen Nachbarstaaten des Iran wie Saudi-Arabien und deren Hauptverbündeten, den USA, als Bedrohung der Sicherheit und Stabilität der Gesamtregion angesehen. Und als in den USA 2017 mit Donald

Die WIRTSCHAFTSSANKTIONEN seitens der USA führten 2018/19 zu Protesten und gewalttätigen Unruhen im Iran.

Trump ein neuer Präsident an die Macht kam, der das Atomabkommen von Anfang an als unzulänglich verworfen und abgelehnt hatte, gewann die Konfrontation zwischen Iran und dem Westen wieder an Schärfe.

2018 entschied Trump einseitig auch aus dem Abkommen auszusteigen, setzte einen Teil der zuvor aufgehobenen

unilateralen Wirtschafts- und Finanzsanktionen wieder in Kraft und verhängte neue. Und Trumps Sanktionen zeigten Wirkung. Irans Wirtschaftskrise verschlechterte sich so rapide, dass weite Teile der iranischen Mittel- und Unterschicht in Armut und Elend abrutschten. Als Ergebnis dessen kam es im Januar 2018 und November 2019 zu landesweiten gewaltfreien Sozialunruhen, auf die das Regime mit brutaler Repression antwortete. Allein bei den Unruhen von 2019 ließ das Regime mindestens 1.500 friedliche Protestler töten und mehrere Zehntausend verhaften.

Raisis Wahl und Khameneis Machtkalkül

Die Wahl im Juni 2021 gewann Raisi mit einem Stimmenanteil von 62 Prozent. Erklärbar wird sein Sieg vor allem durch den seit Jahren stetig wachsenden innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Druck, der offenkundig die Regimeelite der Hardliner um Khamenei so sehr in Bedrängnis brachte, dass sie sich um des Systemerhalts willen klar für Raisi als den zum Sieg auserkorenen Favoriten entschied. Drei Gründe dürften den Ausschlag gegeben haben.

Der erste Grund ist Khameneis Einsicht, dass es keinen Nutzen mehr bringt, der Außenwelt gegenüber die Fassade einer iranischen Hybrid-Demokratie mit republikanischen und theokratischen Staatsinstitutionen vorzutäuschen. Um ein für alle Mal die kräftezehrenden Rivalitäten und Reibungsverluste mit einem durch Volkswahl legitimierten Exekutivleiter auszuräumen, entschied Khamenei daher, alle wichtigen Staatsinstitutionen einschließlich des Präsidentenamts und Parlaments unter Führung der Konservativen zu einem homogenen Regierungsapparat zu-

sammenzuschweißen, geführt von einem ihm absolut ergebenen Präsidenten wie Raisi, der in seiner 41-jährigen Karriere im Justizapparat keinen Hauch von Eigenständigkeit zeigte.

Rückblickend ist erkennbar, dass Khamenei den ersten Schritt zur Umsetzung dieser Strategie bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2020 tat, als der von ihm kontrollierte Wächterrat fast alle Moderaten und Reformer bei den Parlamentswahlen disqualifizierte. Im Ergebnis wurde damit die Dominanz der konservativen Hardliner in der Legislative dauerhaft zementiert. Und mit der kaum verschleierte Favorisierung Raisis bei der Präsidentenwahl von 2021 tat er folgerichtig den zweiten Schritt. Für den Westen hingegen dürfte Khameneis verwirklichte Strategie das Ende lang gehegter Illusionen bedeuten. Der Traum, dass reformerisch-moderate Kräfte, gestützt auf ihre Kontrolle des Präsidentenamtes und des Parlaments, sich von der Dominanz des Revolutionsführers befreien und wirksame Schritte hin zur Demokratisierung des Systems nach innen und politischer Öffnung nach außen unternehmen könnten, ist nun endgültig ausgeträumt.

Der zweite Grund rührt von der begründeten Furcht Khameneis her, dass, ausgelöst durch die sich unaufhaltsam zuspitzende Wirtschaftskrise, es in naher Zukunft weitere und noch größere Sozialrevolten geben wird. Diese Unruhen könnten die Existenz des Regimes gefährden, sollte nicht bei deren Niederschlagung das reibungslose Zusammenspiel aller Repressionsorgane unter der Aufsicht eines gnadenlosen Leiters des präsidentialen Exekutivapparats garantiert sein. Und als Garant dafür ist in Khameneis Augen Raisi, der bei der breiten Menge der Iraner, die das Re-

gime schweigend ablehnen, meist nur hinter vorgehaltener Hand der Mörder genannt wird, allemal der Richtige. Er kann auf eine lange und steile Karriere im Justizapparat verweisen, durch die sich seit 1979 quasi als roter Faden eine Blutspur zieht.

Raisi ist ein HARDLINER und regimetreu.

In vierzig Jahren verfestigte Raisi als Revolutionsstaatsanwalt, Revolutionsrichter, Justizrevisor und zuletzt, nachdem ihn Khamenei 2019 zum obersten Justizchef Irans ernannte, seinen Ruf, ein der Staatsführung und der Revolution gegenüber absolut loyaler Funktionär und kaltblütiger Blutrichter zu sein. Auf sein Konto gehen zahllose Todesurteile. Seiner gnadenlosen Effizienz wegen wurde Raisi vom damaligen Revolutionsführer Ruhollah Khomeini im Juli 1988 in ein vierköpfiges Todeskomitee aus vier geistlichen Richtern und Staatsanwälten berufen, das auf der Grundlage zweier von Khomeini verfasster Todesbefehle in meist nur wenige Minuten dauernden Prozessen binnen weniger Monate 3.900 bis 5.000 linksgerichtete Gefangene zum Tode am Galgen verurteilte. Teherans Regime leugnet bis heute, dass diese Massenhinrichtungen je stattgefunden haben.

Der dritte Grund rührt vom Willen des greisen und gesundheitlich angeschlagenen 82-jährigen Revolutionsführers her, das innen- und außenpolitische Erbe der islamischen Revolution sowie

die Machtstellung der eigenen Familie über seinen Tod hinaus um jeden Preis zu bewahren. Um das zu erreichen, scheint Khamenei auf die Kompromisslosigkeit und Verlässlichkeit Raisis zu setzen.

Raisi und Irans Atomprogramm

Die von Teheran unter Missachtung der Bestimmungen des Wiener Atomabkommens seit Ende 2020 immer stärker forcierte Anreicherung seiner Uranbestände auf einen Grad, der den Bau einer Atombombe in greifbare Nähe rückt, lassen eine Vermutung immer wahrscheinlicher werden: Khamenei und die übrigen Hardliner haben sich dazu durchgerungen, den Pfad Nordkoreas einzuschlagen. Sollte das zutreffen, dürften die derzeitigen Verhandlungen Irans mit dem Westen zur Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015 in Wien nur dazu dienen, Teherans wahre Absichten zu verschleiern und Zeit zu gewinnen. Das wahre Ziel des Regimes könnte sein, möglichst rasch die Kapazität zum Bau von Atomwaffen zu erlangen, um so die Welt bald vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Folgt man der Logik und den Argumentationsmustern der iranischen Hardliner, ergäbe ein solcher Entwicklungspfad durchaus Sinn.⁴ Denn nur mit einer einsatzbereiten Atombombe als Abschreckungspotenzial könnte sich Iran den ihm gebührenden Rang einer regionalen Hegemonialmacht ertrotzen und sich so dauerhaft gegen Angriffe externer Feinde schützen und den Systemerhalt langfristig sichern. Da dieser Weg das Risiko einer kriegerischen Konflikteskalation mit dem Westen in sich birgt, scheint Khamenei nur Raisi aufgrund seiner oftmals bewiesenen kompromisslosen Härte für geeignet zu halten, Iran unbeirrt auf diesem Kurs zu halten.

Iran könnte den Bau einer ATOM-BOMBE zur Abschreckung verfolgen.

Khameneis Geheimpakt mit Raisi

Raisis Verlässlichkeit und seine Herkunft aus Mashhad dürften ihn in den Augen Khameneis aber auch für die Amtsnachfolge des Revolutionsführers unverzichtbar machen. Bezüglich aller politisch-ökonomischer Machtkartelle Irans hat Khamenei das größte Vertrauen in das aus Mashhad um den Freitagsprediger Ayatollah Ahmad Alamolhoda, den Schwiegervater Raisis. Khamenei, selbst ein Mashhadi, hat seit 1979 enge Interessenverflechtungen familiärer, finanzieller und wirtschaftlicher Natur zu diesem Kreis. Seit 2005 übertrug Khamenei wichtige Ämter an Raisi, darunter das des Vorstehers über die immens reiche und mächtige Imam-Reza-Stiftung in Mashhad. Spätestens seit 2017 gilt Raisi als einer der drei aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge Khameneis und hätte im Fall von Khameneis Amtsverzicht oder Tod die beste Position, ihm nachzufolgen. Laut der Verfassung übernimmt für 40 Tage ein Übergangsrat aus Präsident, Justizchef und einem klerikalen Mitglied des Wächterrats die Aufgaben des Revolutionsführers, bis sich der klerikale Expertenrat auf die Wahl eines Nachfolgers geeinigt hat. Zeit genug für Raisi, um sich unter den Kommandeuren der mächtigen Revolutionswächter wie innerhalb des Expertenrats ausreichend Unterstützung für seine Wahl zu sichern.

Summiert man die genannten Faktoren, lassen sie nur einen Schluss zu: Khamenei hat den Plan aufgegeben, seinen eigenen, ambitionierten Lieblingssohn, Mojtaba Khamenei, zu seinem Nachfolger als Revolutionsführer aufzubauen.⁵ Stattdessen deutet alles darauf hin, dass Khamenei genug Vertrauen zu Raisi gefasst hat, um mit ihm ein Geheimabkommen für die Nachfolgeregelung zu schließen. Khamenei ebnet Raisi den Weg zur „Thronfolge“, wofür dieser ihm zusichert, den Reichtum des Familienimperiums nicht anzutasten und Mojtabas Position zu erhalten.⁶

Fazit

Hinsichtlich des zukünftigen Kurses Irans in der Innen- und Außenpolitik verheißt die Wahl Raisis nichts Gutes. Im Innern dürften staatliche Repressionen zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit sowie Verhaftungen und Hinrichtungen von Regimekritikern und Dissidenten noch stärker zunehmen als je zuvor. Gestützt auf seine als Drohmittel eingesetzte Anreicherung seiner waffenfähigen Uranbestände wird Iran wohl zukünftig dem Westen aus einer Position vermeintlicher Stärke heraus begegnen. Das wiederum lässt wenig Hoffnung, dass im Streit um das Atomprogramm Irans bei der Reduzierung von Teherans ballistischen Raketenprogrammen sowie der Einhegung seiner aggressiven regionalen Außenpolitik greifbare Fortschritte zu erwarten sind. Eher das Gegenteil dürfte eintreten. ///



/// DR. WILFRIED BUCHTA

ist Islamwissenschaftler, Politikberater, Publizist und Autor, Berlin.

Anmerkungen

- ¹ Ausführlich zu den Machtbefugnissen von Präsident und Revolutionsführer siehe Buchta, Wilfried: *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington D. C. 2000, S. 22-57.
- ² Zu den Revolutionsgarden siehe Buchta, Wilfried: *Eine Armee für den Ayatollah*, in: *Edition Le Monde Diplomatique* 27/2020, S. 16-19.
- ³ Zur Ära Ahmadinedschad siehe Ansari, Ali: *Iran, Islam and Democracy. The Politics of Managing Change*, London, 3. Auflage, 2019, S. 321-363.
- ⁴ Zu den nuklearpolitischen Präferenzen der Hardliner siehe Zamirirad, Azadeh: *Irans Atomdiskurs. Eine subsystematische Analyse außenpolitischer Präferenzen in der iranischen Nukleardiplomatie (2003-2015)*, Baden-Baden 2019, S. 135 f.
- ⁵ Bis Anfang 2021 schien diese Option noch durchaus denkbar. Siehe Buchta, Wilfried: *Will Khamenei's Son Play A Role in Iranian Succession?*, in: *Policy Analysis/Policy Watch* 3467, Washington Institute for Near Policy, 7.4.2021, <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/will-khameneis-son-play-role-iranian-succession>
- ⁶ Siehe Buchta, Wilfried: *Raisi's Presidency and Khamenei's Power Calculus*, in: *Sada No. 84816*, Carnegie Endowment for International Peace, 22.6.2021, <https://carnegieendowment.org/sada/84816>